

# **Zukunftssicherung von Spitzenuniversitäten**

**Festrede**

**von Bundesminister**

**Dr. Wolfgang Schäuble**

**bei der Benefizgala anlässlich der**

**Gründung der Freiburger Universitätsstiftung**

**am 24. November 2006 in Rust**

Lange Zeit hätten wir gar nicht darüber diskutiert, dass wir im Bereich der Hochschulen in Deutschland vielleicht auch Nachholbedarf haben könnten. Deutsche Universitäten waren der Inbegriff von Höchstleistungen in Forschung und Lehre. Wenn die Albert-Ludwigs-Universität im kommenden Jahr ihr 550. Jubiläum begeht, dann wird man vielfältig daran erinnern.

In den vergangenen Jahren ist es aber etwas schwieriger geworden. Mit dem für unsere Gesellschaft und ihre Medienöffentlichkeit typischen Hang, von einem Extrem ins andere zu fallen, wird inzwischen gelegentlich der Eindruck erweckt, als seien die deutschen Hochschulen ein Sanierungsfall. Das ist bestimmt übertrieben. Richtig ist wohl, dass die traditionellen Fixpunkte unserer Bildungs- und Wissenschaftspolitik eine Revision, eine ständige Anpassung erfordern, wenn wir unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich bleiben oder auch wieder verstärkt werden wollen.

Weniger klar ist, auf welche Weise wir dieser Herausforderung am besten begegnen können. Klar ist nur, dass etwas getan werden muss. Wir sind nicht mehr da, wo deutsche Universitäten in Lehre und Forschung eigentlich stehen sollten, nämlich an der Weltspitze. Aber die Forderungen, was man nun konkret tun sollte, ähneln ein wenig der Quadratur des Kreises.

Auf der einen Seite haben wir überfüllte Hörsäle und entsprechend wenig individuelle Betreuung. Also werden die Universitäten auch gleich mit dem Beiwort Massenuniversität charakterisiert, also wollen wir Zulassungsbeschränkungen. Andererseits hören wir, dass die Zahl von jungen Menschen, die einen Hochschulabschluss anstreben, im Vergleich mit ähnlichen Ländern eher niedrig ist. Also sollten wir vielleicht das Lehrdeputat für die Professoren erhöhen, denen ja oft nachgesagt wird, sie seien weniger engagiert und schwerer erreichbar als anderswo. Doch der direkte Vergleich zeigt, dass schon jetzt die Belastung durch Lehre und vor allem Verwaltung – da sind wir wahrscheinlich Weltspitze – höher ist als zum Beispiel in den USA. Das wird von vielen auch als ein Grund für den Wechsel ins Ausland genannt.

Die finanzielle Situation der Universitäten sollte verbessert werden, aber das ist – jedenfalls bei staatlichen Einrichtungen – abhängig von der Haushaltslage der jeweiligen Bundesländer und so momentan oft kaum realisierbar. Wenn wir beim Finanziellen sind, muss ich auch ein Wort zur Einführung von Studiengebühren sagen. Da heißt es oft, dass Studiengebühren den Studienzugang für Menschen aus geringer verdienenden Familien unverhältnismäßig erschweren würden, obwohl wiederum bekannt ist, dass die Abwesenheit von Studiengebühren jedenfalls nicht dazu geführt hat, den Anteil von sozial schwächeren Studenten signifikant zu erhöhen, im Gegenteil: Er ist in Deutschland deutlich niedriger als in Ländern, die Studiengebühren kennen. Wir sind also in der paradoxen Lage, ein egalitär gemeintes System zu haben, das nicht einmal diese Erwartungen erfüllt.

Das Wort „Elite“ war nun auch lange Zeit regelrecht verpönt. Das galt nicht nur, aber auch von der Universität. Die Gegner der Verwendung des Begriffs sind inzwischen leiser geworden. In der Hochschulbildung war es eine sozialdemokratische Ministerin, die das unter den Bann der *political correctness* gefallene Stichwort offiziell wieder zu Ehren gebracht hat. Aber es bleibt Vorsicht geboten. Von Eliteuniversitäten zu reden ist noch nicht dasselbe, wie diese tatsächlich zu fördern. Im Übrigen entstehen Eliteinstitutionen nicht allein durch substantielle finanzielle Überweisungen von Bund und Land, auch wenn dieser Aspekt natürlich wichtig ist.

Wenn „Eliteuniversität“ richtig verstanden wird, dann ist damit ja wohl auch gemeint, dass unsere Universitäten sich wieder verstärkt an der gesellschaftlichen Notwendig-

keit von Eliten orientieren sollen. Und wenn das so gemeint ist, dann ist das eine wirklich wichtige, weiterführende Idee. Denn dass es Eliten braucht und auch ein Verständnis davon, was Eliten sind, ist nach meiner Überzeugung eine für unsere Gesellschaft unverzichtbare, aber immer noch zu selten wirklich erinnerte Einsicht.

Es geht bei dem Gedanken der Elite nicht so sehr um die Inanspruchnahme von Privilegien, besonderen Vergütungen und so weiter, sondern doch wohl in erster Linie um einen Anspruch, den man an sich selbst stellt, dem man versucht, im eigenen Leben gerecht zu werden.

In der Praxis haben wir es immer noch mehr mit dem Missbrauch des Elitegedankens zu tun. Man verschafft sich maximale Vorteile, ohne an Verpflichtungen zu denken. Das hat ja auch dazu geführt, dass das Konzept pauschal eher negativ betrachtet wird. Manchmal hat man tatsächlich den Eindruck, dass man kaum noch eine Zeitung aufschlagen oder Nachrichtensendung einschalten kann, ohne mit einem neuen Fall peinlichen Versagens von Eliten konfrontiert zu werden.

Eigentlich waren die Universitäten traditionell immer dem Elitegedanken verpflichtet, wenn man an das Humboldtsche Wissenschaftsideal denkt, dem es ja darum geht, die Vermittlung von Wissen mit der Charakterbildung zu verknüpfen. Das ist von nicht geringerer Bedeutung, wenn man die Entwicklungen bedenkt, vor denen wir stehen.

Ich will das am Beispiel des Politikers illustrieren, weil ich erstens für Wissenschaft gar nicht zuständig bin und zweitens am besten am eigenen Beispiel verdeutlichen kann, was ich meine. Es ist heute fast schon selbstverständlich, dass Politiker ihre Entscheidungen auf Meinungsumfragen basieren. Die französische Präsidentschaftskandidatin hat von sich gesagt, dass sie süchtig nach Meinungsumfragen sei. Das heißt also, dass Politiker *die* Entscheidungen treffen, die sie populär machen, die ihre Umfragewerte erhöhen. Man sieht ja, wie erfolgreich das ist.

Nun ist sicher richtig, dass Politiker nicht die Tuchfühlung mit dem verlieren sollten, was die Menschen so denken. Genauso richtig ist, dass die bedenkliche Entwicklung durch die Kommunikationstechniken der modernen Medien vorangetrieben wird. Man hat manchmal den Eindruck, die Medien wollten mehr Politik als die Politiker ma-

chen. Es gibt bedeutende Journalisten, die sagen, dass sie politisch gestalten wollten und deswegen Journalisten geworden seien – um in den Medien zu bestimmen, welche Themen diskutiert und welche Lösungen überhaupt in Betracht gezogen werden, wessen Beitrag wie gewürdigt wird.

Wenn man ein bisschen nachdenkt, kommt man zu dem Ergebnis, das diese Art von Politik das Gegenteil von dem ist, was eigentlich im Elitegedanken angelegt ist. Denn dieses Verständnis von Politik folgt der Maxime von Talleyrand: „Dort geht mein Volk, ich muss ihm hinterher, ich bin sein Führer.“ Wir sollten politische Führung anders verstehen. In der Demokratie setzen Entscheidungen zumindest den Konsens einer Mehrheit voraus. Das ist das Grundproblem politischer Ordnung. Neben Kommunikation und Diskurs bleibt Führung zur Entscheidungsfindung unerlässlich. Das beschreibt die Funktion von Eliten.

In Zeiten von Globalisierung und wachsenden Zweifeln an den Zukunftsperspektiven unseres sozialen Wohlstandsmodells wächst die Angst vor ebenso wie die Notwendigkeit zu Veränderungen. Genau deshalb darf die repräsentativ verfasste demokratische Ordnung nicht durch Demoskopie ersetzt werden. Wenn man nach Meinungsumfragen ginge, käme man nicht zu den notwendigen Entscheidungen. Wir haben immer Zweidrittelmehrheiten für Reformen im Allgemeinen und Zweidrittelmehrheiten gegen jedes konkret vorgeschlagene Reformprojekt. Demoskopische Befunde sind letzten Endes nur rückwärtsgewandte Status-quo-Analysen. Die Demokratie kommt ohne Führung nicht aus. Meine Überzeugung ist, dass die Menschen diese auch erwarten.

Eigentlich ist das auch im Prinzip gesellschaftlicher Arbeitsteilung mit dem auf Zeit vergebenen und durch Wettbewerb ermittelten wie durch Wettbewerb begrenzten politischen Mandat angelegt. Das politische Mandat begründet die Verantwortung zur Entscheidung – mit dem Risiko, dass man hinterher die Zustimmung finden muss und vielleicht nicht findet. Hier braucht es Überzeugung und Überzeugungskraft, also sichtbar gewordene Verantwortung. Dieser das Eliteprinzip bestimmende Gedanke, die Bereitschaft, die eigene Kompetenz, die eigenen Möglichkeiten verantwortlich einzusetzen, dieser Gedanke liegt auch Ihrer neuen Universitätsstiftung zugrunde.

Ich bin mir sicher, dass grundlegende Probleme unserer Gesellschaft nur gelöst werden können, wenn es uns gelingt, das Potential, das im individuellen Engagement in unserer Gesellschaft liegt, besser nutzbar zu machen. Wir haben eine lange Tradition der Staatsgläubigkeit. In der Tat hat der Staat bei uns viele Aufgaben kompetent gelöst. Gleichzeitig und verbunden damit hat sich jedoch die Bereitschaft zum individuellen Engagement nicht in gleichem Maße entwickelt, zum Teil besteht ein regelrechtes Misstrauen gegenüber privatem Engagement.

Ich glaube, dass Zweifel daran nicht mehr erlaubt sein können, dass sich dies ändern muss. Wir werden wahrscheinlich nie – oder jedenfalls nicht in absehbarer Zeit – die Situation der USA erreichen, wo sich der Staat viel stärker aus vielen Bereichen heraushält, aber gleichzeitig eine ganz andere Kultur des Stiftens und der Eigenverantwortung entstanden ist – mit allen Vor- und Nachteilen. Es sollte uns – gerade unter dem Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Universitäten – schon zu denken geben, dass die bessere finanzielle Ausstattung von Universitäten in den Vereinigten Staaten von Amerika primär durch den weitaus höheren Beitrag privater Gelder zustande kommt.

Hier stoßen wir auf eine überraschende Tatsache: Wenn wir über Reformen von Bildung und Wissenschaft im 21. Jahrhundert nachdenken, über Veränderungen, die unsere Institutionen der so genannten Globalisierung anpassen, so stellen wir fest, dass die notwendige Antwort darauf offenbar nicht in erster Linie in der Schaffung von immer zentraleren oder globaleren Strukturen besteht, sondern eher in der Rückbesinnung auf die Kräfte und Möglichkeiten einzelner Menschen, auf deren Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen und eigene Entscheidungen zu treffen. Man könnte das bei dem in der deutschen Teilung angelegten Systemvergleich eigentlich schon einmal erkannt haben: Noch so gut gemeinte zentrale Regulierung oder Reglementierung unterfordert die Menschen. Deswegen sind die Ergebnisse zwangsläufig suboptimal.

Eigenverantwortung und Eigeninteresse dagegen fördern Kreativität und Engagement. Deshalb sind Freiheit und Wettbewerb überlegen – aber sie setzen, wenn sie sich nicht durch Übertreibung selbst zerstören wollen, voraus, dass sie in Werten und durch die Wahrnehmung von Verantwortung begrenzt sind. Das ist auch der Grund-

gedanke der sozialen Marktwirtschaft. Wenn wir diese Einsicht beherzigen, werden wir die Herausforderung der Globalisierung meistern. Wir werden auf neue Anforderungen am besten reagieren, wenn wir uns zunächst einmal auf das besinnen, was wir an uns selbst haben.

Ich will die Probleme institutioneller Reformen nicht herunterspielen. Natürlich muss geklärt werden, in welcher Form unsere Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen optimal erfolgreich sein können. Da gibt es gelegentlich fast eine Art Glaubenskrieg. Während die einen den Verlust der traditionellen Tugenden deutscher Wissenschaft seit den 70-er Jahren für das Nachlassen ihres weltweiten Rufs verantwortlich machen und dementsprechend eine Rückbesinnung auf die traditionellen Formen deutscher Bildungsorganisation fordern, sehen die anderen das Heil geradezu im Gegenteil in der Übernahme der erfolgreichen angloamerikanischen Institutionen. Von Studienorganisation und -abschlüssen über die Differenzierung von Durchschnitts- und Eliteeinrichtungen bis hin zum Gebrauch des Englischen als Wissenschaftssprache geht der Streit.

Mir scheint die Polarisierung dieser Debatte wenig sinnvoll. Es gibt bei uns ja ein großes Interesse an Bachelor-Abschlüssen, an einer an internationalen Standards ausgerichteten akademischen Ausbildung, auch an privaten Alternativen zu den vom Staat finanzierten Massenuniversitäten. Wenn wir solche Alternativen bei uns nicht hätten, würden diejenigen jungen Menschen, die das können, sie eben woanders suchen. Die Welt des 21. Jahrhunderts ist nicht mehr die Welt der 50-er und 60-er Jahre. Wie leistungsstark deutsche Universitäten damals auch immer waren, die Rezepte, die sie erfolgreich sein ließen, können heute nicht mehr unsere Rezepte sein.

Auf der anderen Seite lässt sich der Eindruck oft nicht vermeiden, dass die Forderung, alles über Bord zu werfen, was traditionell die Stärke unserer Universitäten ausgemacht hat, aus der für unsere Zeit typischen Kurzatmigkeit geboren ist. Wer sagt denn, dass der Import der sehr erfolgreichen amerikanischen Wissenschaftskultur nach Deutschland unter ganz anderen Bedingungen hier ebenso erfolgreich ist? Warum soll jemand an ein deutsches Harvard oder ein deutsches Cambridge kommen, wenn es doch das mindestens genauso gute Original gibt? Wenn wir ein deutsches Harvard wollen, scheint es mir intuitiv viel plausibler zu sein, nach Möglichkei-

ten zu suchen, unsere traditionellen Stärken auf die neuen Herausforderungen einzustellen. Wahrscheinlich lösen wir den Konflikt unterschiedlicher Erwartungen und Lösungsansätze am allerbesten durch Vielfalt und Wettbewerb.

Das spricht übrigens für die Vorzüge unseres föderalen Systems. Es wird ja gelegentlich gesagt, dass es ganz falsch sei, den Ländern mehr Zuständigkeiten zu geben. Ich bin aber überzeugt, dass eine richtig verstandene Dezentralisierung und Föderalisierung ein größeres Maß an Vielfalt und Wettbewerb und somit bessere Ergebnisse ermöglicht. Wir müssen nur das Vertrauen in den Wettbewerb haben und dürfen den Wettbewerbsföderalismus nicht als etwas Negatives charakterisieren. Wer den Wettbewerb fürchtet, traut der eigenen Leistungsfähigkeit nicht genügend zu.

Voraussetzung für Spitzenleistungen bleiben unverzichtbar Eliten. Dazu muss man sich auch bekennen. Und man muss sich auch zu der Bereitschaft bekennen, Verantwortung zu übernehmen – in Politik und Wirtschaft, in Bildung und Wissenschaft.

Der diesjährige Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels, Wolf Lepenies, hat von der notwendigen Rückkehr der Werte in die Wissenschaft gesprochen. Er hat gesagt, dass Anstand zur Grundorientierung der Wissenschaftler gehören müsse. Auch das ist in meinem Verständnis von Eliten notwendig eingeschlossen. Je besser es gelingt, dem Geltung zu verschaffen, umso weniger ist mir um die Zukunft bange – um die Zukunft unserer Universitäten und auch nicht um die Zukunft unserer freiheitlichen, wertegebundenen Lebensordnung.

Wir haben viel erreicht in den 60 Jahren seit dem Tiefpunkt der neueren deutschen Geschichte – so dass wir eigentlich keinen Grund haben zu verzagen, weil es vielleicht ein bisschen schwerer werden könnte. Wir sollten uns vielmehr sagen, dass wir nun die paar Herausforderungen, die vor uns liegen, auch noch meistern wollen. Insofern sind Jubiläen immer ein guter Ansatzpunkt, um sich stärker um die Zukunft zu bemühen.